

München, 21.09.2020

SPD-Landtagsabgeordneter Taşdelen fordert Zwischenbilanz zu Belastungen des öffentlichen Dienstes durch die Corona-Pandemie

Staatsregierung muss die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes prüfen und Konsequenzen ziehen

Der Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion für den öffentlichen Dienst **Arif Taşdelen** fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Auswirkungen der Corona-Krise auf den öffentlichen Dienst zu prüfen. Ein entsprechender **Antrag** liegt dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes in der morgigen Sitzung (22.09.) zur Beratung vor. „Die Staatsregierung soll sich gemeinsam mit den Personalvertretungen und Gewerkschaften an einen Tisch setzen und eine Zwischenbilanz ziehen. Bei den Gesundheitsämtern beispielsweise häufen sich die Überstunden an. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen Klarheit, wie diese Überstunden abgebaut, beziehungsweise vergütet werden“, begründet Taşdelen.

Der Abgeordnete möchte im Rahmen seines Antrags außerdem wissen, wie die Erfahrungen mit Homeoffice sowie Telefon- und Videokonferenzen sind. „Die Corona-Krise hat uns schmerzlich bewusst gemacht, dass es mit der Digitalisierung im Freistaat noch hapert. Deshalb sollte die Staatsregierung klären, inwieweit technische Probleme und Mängel in der Ausstattung mittlerweile behoben wurden. Unser Ministerpräsident spricht gerne von Technologie-Sprüngen. In der Realität sind das eher viel zu kleine Schritte“, so der Nürnberger Abgeordnete.

Taşdelen erklärt weiter: „In vielen Bereichen haben die Bediensteten und Beschäftigten Außerordentliches geleistet. Sie haben den Dank des Freistaats verdient. Die Leistung der Menschen, die Bayern in dieser Krisenzeit am Laufen halten, sollte vom Freistaat deshalb angemessen gewürdigt werden.“